

# Eine europäische Sicherheitsarchitektur nach dem Krieg?

von Malte Lühmann

## Die bedrückende Gegenwart erfordert linke Alternativen

Der Krieg in der Ukraine ist weiterhin in vollem Gange. Die russischen Streitkräfte setzen ihren Angriff unvermittelt fort und halten große Teile des Nachbarlandes besetzt. Die ukrainische Armee tut ihr Möglichstes, dem Angriff zu widerstehen und erhält dafür Unterstützung vor allem in Form umfangreicher Waffenhilfe von EU und NATO. Europa und seine Nachbarn sind damit aktuell noch weiter von Frieden und „gemeinsamer Sicherheit“ entfernt, als lange zuvor. Wann und unter welchen Bedingungen dieser heiße Krieg ein Ende finden wird, ist aus heutiger Sicht unabsehbar. Angesichts der täglich steigenden Opferzahlen und des unermesslichen Leids der Bevölkerung in den zerstörten Dörfern und Städten der Kampfzone, aber auch im Rest der Ukraine und auf der Flucht steht zu hoffen, dass es möglichst schnell zu einer Lösung kommt.

Wie auch immer diese Lösung kurzfristig aussehen mag, schließt sich auf mittlere Sicht die Frage an, wie nach diesem Krieg ein dauerhafter Frieden und eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa zu organisieren sind. Die Herausforderungen und Gefahren, denen eine Antwort auf diese Frage begegnen muss, sind vielfältig und keineswegs auf die Situation der Ukraine und auf das Verhältnis zwischen EU/NATO und Russland beschränkt. Ob und wie weitere kriegerische Eskalationen in der Region zukünftig vermieden werden können, betrifft auch andere Konfliktlagen, wie die zwischen Serbien und dem Kosovo oder zwischen Griechenland und der Türkei. Dazu kommt die Rolle europäischer Akteur:innen in benachbarten Regionen, allen voran Afrika und dem Nahen Osten sowie auf globaler Ebene im Rahmen einer zunehmend umkämpften Weltordnung und damit im Verhältnis zu Akteur:innen wie den USA und China. Über all dem ragt die atomare Bedrohung auf, die zu-

letzt durch die Modernisierung von Atomwaffenarsenalen unter anderem in Frankreich und den USA sowie die Stationierung russischer Atomwaffen in direkter Nähe zur NATO inklusive offener Drohungen, diese einzusetzen, drastisch verschärft wurde.<sup>1</sup> Jenseits dieser Gefahren machen die Klimakatastrophe und die gesellschaftlichen Katastrophen von sozialer Ungleichheit, Armut und Hunger die Chancen vieler Menschen auf ein sicheres Leben unmittelbar zunichte.

Doch auch wenn wir die Perspektive auf die Frage nach Frieden und Sicherheit in Europa verengen, sind alternative Konzeptionen dringend notwendig. Nimmt man die Wortmeldungen aus der herrschenden Politik zu diesem Thema ernst (s.u.), dann wird sich eine zukünftige Sicherheitsarchitektur Europas wesentlich auf den Ausbau militärischer Fähigkeiten mit einem erhofften Abschreckungseffekt stützen und in geopolitischer Gegnerschaft zu einem dauerhaft bedrohlichen Russland befinden. Eine solche Konfrontationslogik beinhaltet keine Ansätze zur Deeskalation und dürfte kaum dazu geeignet sein, eine dauerhafte Friedenssituation herzustellen. Bestenfalls werden rational handelnde Akteur:innen dadurch zeitweise von direkten militärischen Angriffen abgeschreckt. Einem solchen prekären nicht-Krieg mit all seinen gesellschaftlichen Folgen (anhaltende Militarisierung, permanenter Aufrüstungsdruck, Versicherheitlichung vieler Politikbereiche, ständige Eskalationsgefahr, etc.) sind aus linker Perspektive alternative Konzepte entgegenzustellen. Die Formulierung solcher Alternativen erfordert vier Schritte: 1) Ein Blick auf aktuell öffentlich wahrnehmbare Positionen, um den Debattenraum einzuschätzen, in dem sich linke Argumente bewähren müssen; 2) Eine friedens- und sicherheitspolitische Perspektivenbestimmung, die klar macht, von welchem Standpunkt aus hier argumentiert wird; 3) Eine Bestandsaufnahme der historisch-politischen Ausgangslage, an der alternative Konzeptionen

für die zwischenstaatliche Politik ansetzen müssen; 4) Konkrete Alternativen und Vorschläge für Schritte in Richtung einer neuen Friedensordnung.

### Positionen zum Ost-West-Verhältnis nach dem Krieg

Die weitere Entwicklung des Verhältnisses zwischen EU/NATO und Russland ist ungewiss. Aus naheliegenden Gründen konzentriert sich die öffentliche Debatte meist auf das unmittelbare Kriegsgeschehen in der Ukraine. Darüber hinaus gibt es aber durchaus sowohl Wortmeldungen zur mittelfristigen Perspektive des Ost-West-Verhältnisses als auch politische Schritte zu seiner Gestaltung, die es näher zu betrachten gilt. Die Bandbreite dieses politischen Umfelds lässt sich beispielhaft durch drei Positionen skizzieren, die von unterschiedlichen Akteur:innen in die Debatte eingebracht werden.

**Position A: „Andauernde Konfrontation“:** Unter dieser Überschrift lassen sich Wortmeldungen zusammenfassen, die von einer andauernden Konfrontation zwischen EU/NATO und Russland ohne Aussicht auf Annäherung ausgehen. Angesichts der Eskalation bis hin zum Ukrainekrieg scheint sich die etablierte Politik in Europa für die greifbare Zukunft auf diese Sichtweise einzustellen. In Deutschland mahnt neben Politikern anderer Parteien etwa Joschka Fischer, der *Elder Statesman* der Grünen und als ihr erster Außenminister Annalena Baerbocks Vorläufer, eine eigenständigere „geopolitisch orientierte EU“ an, die Russland als einer „dauerhaften Sicherheitsbedrohung“ begegnet: „Die alte Formel ‚Sicherheit gibt es nur mit Russland‘ gilt nicht mehr. Es wird eine dauerhafte Sicherheitsbedrohung geben, die von Russland ausgeht. [...] ‚Sicherheit vor Russland‘ wird die Zukunft bestimmen müssen.“<sup>2</sup>

Der französische Präsident Emmanuel Macron spricht in diesem Zusammenhang von „strategischer Autonomie“ und „militärischer Souveränität“, welche Europa erreichen müsse. Im sogenannten „Strategischen Kompass“ der EU wurden diese Elemente 2022 noch vor dem Ukrainekrieg zur offiziellen Doktrin erhoben.<sup>3</sup> Auch Macron stellt die Notwendigkeit einer dauerhaften Verteidigung gegen Russland in den Mittelpunkt: „Ein Europa der Verteidigung, ein europäischer Pfeiler innerhalb der NATO, ist unerlässlich. Das ist der einzige Weg, um für uns selbst glaubwürdig zu sein [...]. Denn ob wir es wollen oder nicht, unsere Geographie wird sich nicht ändern. Wir werden am gleichen Ort leben, und Russland wird Russland bleiben, mit den gleichen Grenzen und der gleichen Geografie. Wir müssen einen Raum schaffen, der morgen dieser Raum des dauerhaften Friedens sein muss, weil die Rechte des ukraini-

schen Volkes respektiert worden sind und das Völkerrecht wiederhergestellt worden ist. Dieser Raum muss es uns ermöglichen, so friedlich wie möglich mit Russland zusammenzuleben – aber ohne Naivität.“<sup>4</sup> Am weitesten geht EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in dieser Argumentationslinie, wenn sie den Angriff Russlands auf die Ukraine als einen Wendepunkt bezeichnet, den es für ein geeinteres Europa zu ergreifen gelte: „Die Geschichte ist in Bewegung. Putin wollte die Ukraine für Russland einnehmen. Er rechnete damit, dass die Europäische Union dies einfach akzeptieren würde. Stattdessen hat sich die Ukraine tapfer gewehrt und schlägt ihn zurück. Und wir in Europa stehen zu Recht und unerschütterlich an der Seite der Ukraine. Wir werden diesem entscheidenden Moment der Geschichte gerecht. [...] Dies ist der Moment, den es zu ergreifen gilt, um ein geeinteres Europa zu schmieden. Vielen Dank und lang lebe Europa.“<sup>5</sup>

Ergänzend zu diesen Positionen gibt es Stimmen, die auch in einem andauernd konfrontativen Verhältnis die Notwendigkeit von Diplomatie sehen. Der profilierteste Vertreter dieser Position in Deutschland ist Wolfgang Ischinger, ehemaliger Diplomat und langjähriger Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz. In Bezug auf die Zukunft der OSZE äußerte er sich im Juni 2023 wie folgt: „Wer an die langfristigen Herausforderungen einer künftigen stabilen und nachhaltigeren europäischen Sicherheitsarchitektur denkt, der wird in der Tat Sicherheit vor Russland anstreben müssen. Abschreckung allein wird freilich kaum Stabilität schaffen. Man kann dabei die Harmel-Doktrin der Nato aus dem Kalten Krieg als Beispiel anführen: so viel Verteidigung und Abschreckung wie nötig und so viel Dialog und Kooperation wie möglich. Für eine solche Doppelstrategie bedarf es aber einer tragfähigen institutionellen Absicherung.“<sup>6</sup> Eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur gegen Russland könnte in diesem Szenario demnach auch durch die Wiederaufnahme von minimalen Dialogkanälen nach Art des Kalten Krieges ergänzt werden.

**Position B: „Regime Change“:** Eine andere Position nehmen jene ein, die meinen, Frieden mit Russland sei ohnehin nicht zu erreichen, solange Wladimir Putin regiert. An diese Annahme schließen sich Hoffnungen auf einen *regime change* an, der neben der Figur Putin auch das politische System beseitigen soll, das er anführt. In Deutschland wird diese Position etwa von Stefan Meister, Leiter des „Zentrums für Ordnung und Governance in Osteuropa, Russland und Zentralasien“ der DGAP vertreten.<sup>7</sup> Entsprechende Überlegungen bekamen im Juni 2023 kurzfristig Aufwind, als der Chef der Wagner-Gruppe, Jewgeni Prigoschin seine kurzlebige Meuterei

gegen die russische Militärführung durchführte. Von westlichen Regierungen wird diese Position öffentlich meist vermieden, mutmaßlich aus Sorge vor den politischen Verwerfungen, die in Russland nach dem Abtritt Putins auftreten könnten.<sup>8</sup> Auch wenn ein *regime change* als Strategie insbesondere in den USA intensiver diskutiert wird, scheint sich diese Position damit bisher nicht durchzusetzen.<sup>9</sup> Ein Russland ohne Putin bleibt demgegenüber die politische Orientierung relevanter Teile der russischen Opposition im Exil, namentlich vertreten durch Michail Chodorkowski.<sup>10</sup>

Im Gegensatz zu einem Umsturz an der Spitze wäre eine Umwälzung der politischen Machtverhältnisse in Russland von unten z.B. durch Streiks und eine populäre Massenbewegung gegen den Krieg aus linker Perspektive sicherlich wünschenswert. Linke Bewegungen in Russland sind allerdings unter den aktuellen Bedingungen einer Diktatur weit von diesem Punkt entfernt, wie der russische Autor und Aktivist Ilya Budraitskis klarstellt: „Die Frage ist, ob die russische Gesellschaft einen Wandel vollziehen kann, der ernsthaft genug ist, um eine neue Art von Politik hervorzubringen, und auch, was die Linke selbst in Bezug auf die Entwicklung des Landes nach Putin zu bieten hat. Dies ist die Hauptaufgabe, vor der die Linke derzeit steht, ebenso wie jede andere Oppositionsgruppe in Russland, und das bedeutet, dass das, was sie jetzt tut, weitgehend auf lange Sicht und nicht auf unmittelbare Wirkung angelegt ist.“<sup>11</sup> Während insbesondere die linke Antikriegs-Opposition in Russland unbedingt Unterstützung verdient, scheint die Hoffnung auf eine durchgreifende progressive Veränderung der Machtverhältnisse in Russland aber aktuell gering.

**Position C: „Neue Entspannungspolitik“:** Eine dritte Position wird vor allem in Deutschland von verschiedenen Initiativen und einzelnen Politiker:innen vorwiegend aus links-sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kreisen vertreten. Sie plädieren für eine neue Entspannungspolitik, explizit nach dem Vorbild der Erfahrungen in den 1960er bis 1980er Jahren und der Politik von Willy Brandt und Egon Bahr.<sup>12</sup> Ihr erklärtes Anliegen ist zunächst ein sofortiger Waffenstillstand in der Ukraine und baldige Friedensverhandlungen, die in Richtung einer gemeinsamen Sicherheitsordnung in Europa weiterentwickelt werden sollen. In dieser Sichtweise käme es mittelfristig zu einer Einhegung der Konfrontation durch eine Politik des Interessenausgleichs zwischen Russland und dem Westen auf sicherheitspolitischer Ebene, ohne zentrale Gegensätze aufheben zu wollen.<sup>13</sup> Unmittelbar vor Beginn des Ukrainekrieges äußerten sich auch regierende Politiker:in-

nen wie der französische Präsident Emmanuel Macron in eine ähnliche Richtung.<sup>14</sup> Seither wird diese Position in der etablierten Politik allerdings nur noch von einzelnen Abgeordneten vertreten. Auch wenn die Forderung nach sofortigen Friedensverhandlungen im Ukrainekrieg angesichts des unvermindert fortschreitenden Krieges radikal erscheinen kann, sind die Zielsetzungen einer neuen Entspannungspolitik darüber hinaus doch eher moderat zu nennen. Eine umfassende Friedenspolitik, die sich auch mit den gesellschaftlichen Ursachen grundlegender Konflikte auseinandersetzt und z.B. eine konsequente Abrüstung einschließt, ist aus den entsprechenden Wortmeldungen nicht herauszulesen. Diese Position stellt sich damit gegen eine andauernde Konfrontation, ohne damit eine weitergehende friedenspolitische Perspektive zu entwickeln.

Keine der dargestellten Positionen kann aus linker Perspektive als Zielstellung für eine europäische Friedenspolitik vollends überzeugen. Sei es, weil sich darin die herrschende Eskalationslogik fortsetzt (Position A), weil sie keine auf die eigene Gesellschaft gerichtete Handlungsperspektive für linke Akteur:innen im Westen bietet (Position B) oder weil die angestrebte Politikänderung kaum über die Beendigung des aktuellen Krieges hinaus weist (Position C). Im Kontext dieser Debatten und Vorschläge gilt es also, eigene Positionen zu entwickeln.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> ICAN: [Wasted: 2022 Global Nuclear Weapons Spending](#), Juni 2023.
- <sup>2</sup> Interview im Tagesspiegel, 27.4.2023, S. 20-21.
- <sup>3</sup> Jürgen Wagner: [Ein strategischer Kompass für Europas Rückkehr zur Machtpolitik](#), Juni 2022.
- <sup>4</sup> [Rede bei GLOBSEC](#), 31.5.2023. (22.6.2023).
- <sup>5</sup> [Rede bei GLOBSEC](#), 31.5.2023. (22.6.23).
- <sup>6</sup> „Warum die OSZE so unverzichtbar ist“, Kommentar im Handelsblatt, 2.6.2023.
- <sup>7</sup> [Interview im Spiegel](#), 31.12.2022.
- <sup>8</sup> Timothy Frye: [Why Regime Change in Russia Might Not Be a Good Idea](#), 12.4.2022.
- <sup>9</sup> Rajan Menon; Daniel R. DePetris: [Those desiring regime change in Russia should be careful what they wish for](#), 30.9.2022.
- <sup>10</sup> Marcel Burkhardt: [Wie kann Russland ohne Putin aussehen?](#), 16.2.2023.
- <sup>11</sup> [Interview in meduza](#), 18.4.2023.
- <sup>12</sup> <https://neue-entspannungspolitik.berlin> (11.7.2023).
- <sup>13</sup> Joachim Schuster: [Was ist der beste Ausweg aus dem Krieg in der Ukraine?](#), 29.3.2023.
- <sup>14</sup> Euractiv: [‘Element of détente’ after French president’s Russia visit](#), 9.2.2022.



Die Langfassung weiter-  
lesen auf [imi-online.de](https://imi-online.de)

